Stand: 15.12.2025 19:11:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13085

"Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/13085 vom 29.09.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14349 des VF vom 20.10.2016
- 3. Beschluss des Plenums 17/14552 vom 30.11.2016
- 4. Plenarprotokoll Nr. 88 vom 30.11.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.09.2016 Drucksache 17/13085

Antrag

der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert SPD

Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Konsequenzen sie aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 1. September 2016 zu ziehen gedenkt, wonach die Bundesrepublik gegen die Menschenrechte verstoßen hat, indem einem heroinabhängigen Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Kaisheim über Jahre hinweg ein Drogenersatzstoff wie Methadon verwehrt wurde, was der EGMR als unmenschliche Behandlung bewertete.

In dem Bericht ist insbesondere auch darauf einzugehen,

- wie viele Gefangene in bayerischen Justizvollzugsanstalten zum Stichtag 1. September 2016 als opiatabhängig gelten,
- welche diagnostischen Verfahren dabei angewendet werden,
- nach welchen Kriterien entschieden wird, ob einem Gefangenen eine Substitutionsbehandlung gewährt wird und wer diese Entscheidung trifft,

- wie viele der diagnostizierten opiatabhängigen Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten eine Substitutionsbehandlung erhalten,
- wie die anderen opiatabhängigen Gefangenen medizinisch versorgt werden,
- wie viele Ärzte und in welchen bayerischen Justizvollzugsanstalten eine Basis- oder Konsiliargenehmigung zur Methadonsubstitution besitzen,
- wie der enorme Unterschied der Zahl der Substitutionsbehandlungen von Gefangenen in den einzelnen Bundesländern zu erklären ist,
- ob es eine Vorgabe des Staatsministeriums der Justiz an die Anstaltsleitungen gibt, auf Substitutionsbehandlungen möglichst vollständig zu verzichten und falls ja, welchen konkreten Inhalt und welchen rechtlichen Charakter diese Vorgabe hat.

Begründung:

Es ist bekannt, dass in bayerischen Justizvollzugsanstalten Drogenersatztherapien nur äußerst restriktiv angewandt werden, obwohl nach Schätzungen mindestens 800 Gefangene opiatabhängig sind. Ebenso ist bekannt, dass in den meisten Justizvollzugsanstalten Drogen verfügbar sind und dass der Handel mit Drogen in den Justizvollzugsanstalten die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten und die Gesundheit der Gefangenen massiv gefährdet.

Die Feststellung des EGMR, dass es eine unmenschliche Behandlung darstellt, wenn einem heroinabhängigen Gefangenen eine Substitution ohne Hinzuziehung unabhängiger medizinischer Experten verweigert wird, muss zu Konsequenzen in der bisherigen restriktiven Praxis führen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

20.10.2016 Drucksache 17/14349

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD Drs. 17/13085

Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- 1. Der Eingangssatz erhält folgende Fassung:
 - "Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Konsequenzen sie aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 1. September 2016 zu ziehen gedenkt, wonach die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Substitutionsbehandlung eines heroinabhängigen Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Kaisheim gegen Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen hat."
- 2. Im ersten Spiegelstrich werden die Wörter "1. September 2016" durch die Wörter "31. März 2016" ersetzt.

Berichterstatter: Franz Schindler
Mitberichterstatterin: Petra Guttenberger

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 20. Oktober 2016 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Franz Schindler Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

30.11.2016 Drucksache 17/14552

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert SPD

Drs. 17/13085, 17/14349

Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Konsequenzen sie aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 1. September 2016 zu ziehen gedenkt, wonach die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Substitutionsbehandlung eines heroinabhängigen Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Kaisheim gegen Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen hat.

In dem Bericht ist insbesondere auch darauf einzugehen,

- wie viele Gefangene in bayerischen Justizvollzugsanstalten zum Stichtag 31. März 2016 als opiatabhängig gelten,
- welche diagnostischen Verfahren dabei angewendet werden.
- nach welchen Kriterien entschieden wird, ob einem Gefangenen eine Substitutionsbehandlung gewährt wird und wer diese Entscheidung trifft,
- wie viele der diagnostizierten opiatabhängigen Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten eine Substitutionsbehandlung erhalten,
- wie die anderen opiatabhängigen Gefangenen medizinisch versorgt werden,
- wie viele Ärzte und in welchen bayerischen Justizvollzugsanstalten eine Basis- oder Konsiliargenehmigung zur Methadonsubstitution besitzen,
- wie der enorme Unterschied der Zahl der Substitutionsbehandlungen von Gefangenen in den einzelnen Bundesländern zu erklären ist,
- ob es eine Vorgabe des Staatsministeriums der Justiz an die Anstaltsleitungen gibt, auf Substitutionsbehandlungen möglichst vollständig zu verzichten und falls ja, welchen konkreten Inhalt und welchen rechtlichen Charakter diese Vorgabe hat.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

zur 88. Vollsitzung am 30. November 2016

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(Z)

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. November 2016 (Vf. 14-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - der Art. 9, 10, 11, 12 und 13 Abs. 1 Nr. 7 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV) vom 20. Dezember 2007 (GVBI. S. 922, BayRS 2187-3-I), das zuletzt durch § 1 Nr. 205 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI. S. 286) geändert worden ist,
 - des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBl. S. 318, 319, BayRS 2187-4-I)

PII-G1310.16-0010 Drs. 17/14446 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Anträge sind unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

Anträge

4.

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sanierung und Ausbau der Staatsstraße 2404 Drs. 17/12170, 17/14429 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Α

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Verstärkter Lärmschutz an der B 11 in Grafling Drs. 17/12418, 17/14430 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD "Investitionsprogramm für den Güterverkehr auf Deutschlands Schienen" Drs. 17/12423, 17/14431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU Schnittstellenprogramm Park & Ride / Bike & Ride neu auflegen Drs. 17/12444, 17/14432 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

Anlage 1
zur 88. Vollsitzung am 30. November 2016

6.	Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Margit Wild, Martina Fehlner u.a. SPD Konzept für Museum der Bayerischen Geschichte Drs. 17/12625, 17/14123 (E)				
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
7.	Antrag der Abgeordner Thomas Mütze u.a. un Innovationsaktivitäten Drs. 17/12772, 17/144	d Fraktion (BÜNDNIS von Kleinen und Mittel	90/DIE GRÜNEN)	men stärken	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	I Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	
8.	Antrag der Abgeordner Dr. Linus Förster u.a. S Airbus Helicopters Dor Drs. 17/12982, 17/144	SPD nauwörth	ıl Gantzer, Harald Güll	er,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			ENTH	
9.	Antrag der Abgeordnet Dr. Paul Wengert u.a. Vorleistung bei rechtsk für Angestellte der Bay Drs. 17/12989, 17/144	SPD kräftigen Schmerzensg verischen Polizei		uster,	
	Votum des federführer Fragen des öffentliche				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				

Anlage 1
zur 88. Vollsitzung am 30. November 2016

10.	 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Förderprogramme Bayern I – Bekanntheit verbessern Drs. 17/12991, 17/14434 (E) 			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
11.	Antrag der Abgeordne Andreas Lotte u.a. SP Förderprogramme Bay Drs. 17/12992, 17/144	D /ern II – Zugang vereir		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z	Z
12.	Antrag der Abgeordne Andreas Lotte u.a. SP Förderprogramme Bay Drs. 17/12993, 17/144	D /ern III – Regelmäßige		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	der den Antrag für er	ledigt erklärt hat		
13.	 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Stromverbrauch in Bayern Drs. 17/12994, 17/14439 (A) 			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	

14.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u.a. SPD Meister-BAföG – Zahl der Geförderten und Fördervolumen rückläufig Drs. 17/12995, 17/14440 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Techno				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
15.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Den Geist des Grundgesetzes umsetzen, Demokratie stärken, bundesweite Volksentscheide aktivieren. Drs. 17/13014, 17/14351 (A) 				
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
16.	Antrag der Abgeordne Natascha Kohnen u.a. Keinen Betrug beim M Drs. 17/13029, 17/144	SPD indestlohn zulassen	ette Karl,		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z				
17.	Antrag der Abgeordne Bericht zu freiwilligen I sorgern zum Zweck be Drs. 17/13031, 17/143	Kooperationen zwische esonders grundwasser	en Landwirten und Wa	sserver-	
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z			Z	

Anlage 1
zur 88. Vollsitzung am 30. November 2016

18.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehrweg besser fördern Drs. 17/13070, 17/14340 (A)			
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	csu A	SPD ENTH	FREIE WÄHLER	GRÜ ☑
19.	Antrag der Abgeordne Ulrike Gote u.a. und F Einstufung der B 85 zu und Bayreuth anhand Drs. 17/13084, 17/144	raktion (BÜNDNIS 90/ wischen Anschlussstel aktueller Zahlen überp	DIE GRÜNEN) le Neudrossenfeld	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A	
 Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016 Drs. 17/13085, 17/14349 (E) 				ofs
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	csu ☑	SPD ☑	FREIE WÄHLER	GRÜ ☑
21.	Antrag der Abgeordne Klaus Adelt u.a. SPD Besitz, Handel und Ve den Tier- und Artensch Drs. 17/13111, 17/143	en in Bayern sowie Ve		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	csu A	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ ☑

zur 88. Vollsitzung am 30. November 2016

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn,
Klaus Adelt u.a. SPD
Ausweitung des Wasserschutzgebietes in der Marktgemeinde Uehlfeld
Drs. 17/13113, 17/14342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u.a. SPD Tätigkeitsbericht des Bayerischen Tierschutzbeirats Drs. 17/13188, 17/14343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU Airbus Helicopters Donauwörth Drs. 17/13218, 17/14442 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			ENTH